

Niederschrift

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 28.04.2026
Raum: Schlosspark-Hotel Hof von Oldenburg, Oldenburger Str. 199,
26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:32 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Thorsten Bohmann CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Michael Fierkens CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Frau Anne Brandt SPD

Herr Benjamin Dau SPD

Frau stv. BM Silvia Heinemann SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Bürgermeister Lars Krause SPD

Herr Jens Menke SPD

Herr Malte Pauels SPD

Herr Tobias zum Buttel SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Max Kunze B90/Grüne

Frau Birgit Rowold B90/Grüne

Herr Andreas Rump B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Carsten Helms FDP

Herr Christian Meyer-Hullmann FDP

Herr Dirk Bakenhus UWG

Herr Jens Brünink UWG

Herr Timo Merten UWG

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU
Herr Dieter von Essen	CDU
Herr Rüdiger Kramer	SPD
Herr Gerd Langhorst	B90/Grüne

Verwaltung

Herr Dr. Stephan Meyn	
Frau Anke Wilken	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ralf Kobbe	Protokoll
Herr Marcel Stölting	Technik

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung
Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau
TV-Team des Senders Oldenburg Eins
sowie weitere 10 Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers	CDU
Herr Dierk von Essen	CDU
Herr Dennis Eike	SPD
Frau Monika Sager-Gertje	SPD
Herr Levent Süre	SPD

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen	CDU
-------------------------	-----

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.02.2026
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Resolution zur Zukunft der August Brötje GmbH am Standort Rastede
Vorlage: 2026/067
- 6 Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für
Gemeindeentwicklung und Bauen
Vorlage: 2026/023
- 7 Entlassung einer Feuerwehrkraft aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/027
- 8 Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/028
- 9 Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/029
- 10 Zuwendungen des Jahres 2024 - Teil 2
Vorlage: 2026/054
- 11 Zuwendungen des Jahres 2025 - Teil 2
Vorlage: 2025/180
- 12 Haushalt 2023 bis 2025 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2026/056
- 13 Haushalt 2026 - Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den
Ganztag an den Grundschulen
Vorlage: 2026/065
- 14 Gebühren Kindertagesstätten - Antrag Bündnis 90/Die Grünen u. Gruppe
UWG/Merten
Vorlage: 2025/187
- 15 Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Gebühren für die
Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen
Vorlage: 2026/043

- 16 Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen
Vorlage: 2026/033
- 17 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2026/047
- 18 Bericht des Bürgermeisters
- 19 Anfragen und Hinweise
- 20 Einwohnerfragestunde
- 21 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Nach der Eröffnung der Sitzung bittet Bürgermeister Krause den Rat, sich zu Ehren des am 20. März 2026 verstorbenen ehemaligen Ratsmitglieds Dieter Schönfeld sowie des am 19. April 2026 verstorbenen ehemaligen Ratsmitglieds und ersten stellvertretenden Bürgermeisters Rudolf Freels zu erheben.

Der verstorbene Dieter Schönfeld war von 1986 bis 1996 Mitglied des Rates der Gemeinde Rastede. In dieser Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit hat er sich durch sein verantwortungsvolles Mitwirken im Rat und in verschiedenen Fachausschüssen um die Gemeinde Rastede verdient gemacht. Seine Persönlichkeit und sein ehrenamtlicher Einsatz für die Belange der Allgemeinheit haben ihm große Achtung und Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung verschafft. Die Gemeinde Rastede ist Herrn Dieter Schönfeld dankbar für die geleistete Arbeit und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der verstorbene ehemalige erste stellvertretende Bürgermeister Rudolf Freels war von 1981 bis 1996 Mitglied des Rates der Gemeinde Rastede und von 1991 bis 1996 erster stellvertretender Bürgermeister. In dieser langen Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit hat er sich durch sein verantwortungsvolles Mitwirken im Rat, im Verwaltungsausschuss sowie in verschiedenen Fachausschüssen um die Gemeinde Rastede verdient gemacht. Seine Persönlichkeit und sein ehrenamtlicher Einsatz für die Belange der Allgemeinheit haben ihm große Achtung und Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung verschafft. Die Gemeinde Rastede ist Herrn Rudolf Freels dankbar für die geleistete Arbeit und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 30 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.02.2026

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 17.02.2026 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Resolution zur Zukunft der August Brötje GmbH am Standort Rastede
Vorlage: 2026/067**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Krause weist eingangs darauf hin, dass bekanntermaßen bei der August Brötje GmbH in Rastede der Verlust von 108 Arbeitsplätzen durch eine mögliche Produktionseinstellung droht und fraktionsübergreifend der Wunsch nach einer Solidaritätsbekundung artikuliert wurde, um sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu unterstützen, aber auch alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit der Produktionsstandort erhalten werden kann.

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann verliest zu Beginn der Beratung die fraktionsübergreifend erarbeitete Resolution (Anlage 1 zur Vorlage) zur Zukunft der August Brötje GmbH am Standort Rastede, die unter anderem den Erhalt der industriellen Wertschöpfung fordert und einen Schulterchluss mit den Mitarbeitern darstellt sowie die Einberufung eines „Krisengipfels“ mit der Konzernleitung, Arbeitnehmervertretern und der Landesregierung unter Beteiligung der örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie der lokalen Politik zum Inhalt hat.

Herr Lehnert, Frau Heinemann, Herr Helms, Herr Hoffmann und Herr Bakenhus betonen übereinstimmend, dass die Firma Brötje ein Stück Rasteder Identität darstellt und weitaus mehr als nur ein Logo darstellt, sodass die Chancen und Potenziale der technologischen Weiterentwicklung im Rahmen der Wärmewende gemeinsam mit den vorhandenen Fähigkeiten der Belegschaft genutzt werden sollten, um den Produktionsstandort Rastede zu sichern. Im Übrigen unterstreichen alle Fraktionen die Bedeutung des sogenannten „Krisengipfels“, der unter anderem zum Ziel haben muss, eine tragfähige Perspektive für den Produktionsstandort Rastede aufzuzeigen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Rastede beschließt die als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Resolution und beauftragt den Bürgermeister, diese der Konzernleitung der BDR Thermea Gruppe, dem Betriebsrat der August Brötje GmbH, der IG Metall, der Landesregierung und den regionalen Mitgliedern des Bundes- und Landtages zu übermitteln sowie aktiv auf das in der Resolution geforderte Gipfeltreffen hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für
Gemeindeentwicklung und Bauen
Vorlage: 2026/023**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Uwe Ahlers wird für den Beirat für Senioren und Behinderte in der Gemeinde Rastede als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen berufen.

Herr Jann Aden wird für den Beirat für Senioren und Behinderte in der Gemeinde Rastede als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Entlassung einer Feuerwehrkraft aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/027**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Dieter Kohlwes wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Gemeindebrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Rastede entlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

**Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/028**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Sven Linck wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren als stellvertretender Gemeindebrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Rastede in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

**Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2026/029**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Christian Ammermann wird weiterhin für die Dauer von sechs Jahren mit Wirkung zum 17.06.2026 in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rastede berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Zuwendungen des Jahres 2024 - Teil 2
Vorlage: 2026/054

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die in der Anlage – Teil A – aufgeführten Zuwendungen werden angenommen und für den angegebenen förderungsfähigen Zweck verwendet.
2. Die in der Anlage – Teil B – aufgeführten Zuwendungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Zuwendungen des Jahres 2025 - Teil 2
Vorlage: 2025/180

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die in der Anlage – Teil A – aufgeführten Zuwendungen werden angenommen und für den angegebenen förderungsfähigen Zweck verwendet.
2. Die in der Anlage – Teil B – aufgeführten Zuwendungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 12

Haushalt 2023 bis 2025 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Vorlage: 2026/056

Sitzungsverlauf:

Herr Hoffmann bezeichnet die Vorlage als „sehr bemerkenswert“ und betont, dass es das originäre Recht des Rates ist, über den Haushalt zu entscheiden. Er zeigt sich vor diesem Hintergrund über mehrere Positionen in der Aufstellung verwundert, wobei er insbesondere eine Position in Höhe von 600.000 Euro für das Freibad aus dem Jahr 2024 hervorhebt, die nach seiner Auffassung, sofern sie nicht durch bestehende Deckungsvermerke gedeckt war, vorab die Zustimmung des Rates erfordert hätte. Er bittet darum, dass im Protokoll nachvollziehbar dargelegt wird, warum diese Mittel ohne explizite vorherige Entscheidung des Gremiums umgewidmet wurden.

Herr Dr. Meyn erläutert hinsichtlich der Zusammenfassung der Jahre 2023 bis 2025, dass grundsätzlich eine jährliche Darstellung vorgesehen ist, jedoch aktuell die Kolleginnen und Kollegen des Servicebereichs Haushalt und Finanzen bei der Aufarbeitung des Zahlenmaterials infolge der aktuellen Arbeitssituation eine Bündelung vorgenommen haben. Er betont, dass die Vorlage dazu dienen soll, dem Rat die nachträgliche Kontrolle zu ermöglichen. Im Übrigen sagt er zu, die gewünschten Informationen zum Freibad nachzuliefern.

Hinweis: Der Rat der Gemeinde Rastede hat am 10.12.2024 hinsichtlich der erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel für die Sanierung des Freibads (siehe Vorlage 2024/189) nachfolgenden Beschluss gefasst: „Der Differenzbetrag zu den bisher im Haushalt veranschlagten Mitteln in Höhe von 2.319.566 Euro wird gemäß § 117 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) überplanmäßig im Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt. Die Mittelverschiebungen sind entsprechend den Ausführungen zur Finanzierung vorzunehmen.“ Tatsächlich sind in 2024 Mittel in Höhe von 2.169.566 Euro einschließlich der genannten 600.000 Euro zur Baumaßnahme Freibad verschoben worden, sodass der Betrag noch unter dem zur Verfügung gestellten überplanmäßigen Mitteln geblieben ist. Der Mittelabfluss erfolgte nach dem Ratsbeschluss.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in den Anlagen 1 bis 6 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Haushaltsjahre 2023 bis 2025 im Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 13

Haushalt 2026 - Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Ganztags an den Grundschulen

Vorlage: 2026/065

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Krause erläutert eingangs, dass die mit der Schulleitung der Kooperativen Gesamtschule (KGS) im Vorfeld abgesprochene Umwidmung der Finanzmittel in Höhe von 500.000 Euro von der KGS zu den Grundschulen erforderlich ist, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an allen Grundschulen bis zum Schuljahr 2026/27 fristgerecht umsetzen zu können. Er betont, dass der KGS keine Gelder entzogen würden, da die 500.000 Euro lediglich als „Platzhalter“ im Haushalt standen, nicht mit konkreten Maßnahmen für 2026 hinterlegt waren und obendrein für 2027 wieder eingeplant werden sollen. Dessen ungeachtet betont er, dass die Verwaltung derzeit personell gar nicht in der Lage ist, Maßnahmen an der KGS parallel umzusetzen, da alle Ressourcen für die Arbeiten an den sechs Grundschulen gebunden sind.

Herr Hoffmann signalisiert seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Enthaltung bei diesem Tagesordnungspunkt und kritisiert, dass die Fraktion bereits bei der Haushaltsaufstellung darauf hingewiesen hat, dass die Mittel für den Ganztags an den Grundschulen nicht auskömmlich sind und die Ansätze für 2026 nicht einmal ausgereicht hätten, um die zur Verfügung stehenden Fördermittel einwerben zu können. Er betont, dass die Umwidmung ein Beleg für eine mangelhafte Planung der Verwaltung darstellt, die eigentlich schon viel früher hätte begonnen werden müssen. Im Übrigen bemerkt er, dass die Zusage des Bürgermeisters, die Mittel 2027 für die KGS wieder aufzunehmen, keineswegs sicher ist, da der aktuelle Rat und der Bürgermeister dann nicht mehr im Amt sind und in der Verantwortung stehen.

Herr Helms betont, dass die FDP der Umwidmung der Finanzmittel zustimmen wird, um den Ganztags mit maximaler Kraft“ umsetzen zu können. Gleichwohl gibt er zu bedenken, dass die Umwidmung faktisch eine Kürzung der Bildungsmittel für das laufende Jahr darstellt und somit wichtige Investitionen auf der Strecke bleiben. Vor diesem Hintergrund erinnert er an seinen Antrag im Schulausschuss, zusätzliche 100.000 Euro für Sofortmaßnahmen zur Sanierung von Schultoiletten bereitzustellen, der mehrheitlich abgelehnt wurde, obwohl die SPD-Fraktion das Thema selbst im Vorfeld aufgegriffen hatte.

Herr Dr. Meyn stellt bezüglich des von Herrn Hoffmann kritisierten Zeitplans klar, dass zunächst aus dem initiierten Phase-Null-Prozess an den Grundschulen weitergehende Erkenntnisse herausgearbeitet und erste Ergebnisse vorliegen mussten, um den tatsächlichen Bedarf für den Ganztagsbetrieb an den Grundschulen ermitteln zu können. Dessen ungeachtet führt er aus, dass die Haushaltsberatungen für das Jahr 2027 optimiert werden sollen, um relativ zeitnah nach der Kommunalwahl einen Haushalt beschließen und Maßnahmen umsetzen zu können.

Beschluss:

Im Haushalt 2026 werden gemäß § 117 NKomVG für die kurzfristig anstehenden Akutmaßnahmen („Schnellboote“), im Rahmen der Umsetzung des Ganztagsbetreuungsangebotes an Grundschulen, weitere Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	5
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 14

Gebühren Kindertagesstätten - Antrag Bündnis 90/Die Grünen u. Gruppe

UWG/Merten

Vorlage: 2025/187

Sitzungsverlauf:

Herr Rump erneuert die Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der bisherigen bereits 22 Monate andauernden Beratung zu diesem Themenkomplex und betont unter anderem, dass die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und UWG mit ihrem im vergangenen Jahr eingebrachten Antrag gute Vorschläge unterbreitet haben, wobei auf Grundlage des Oldenburger Modells alle Einkommensarten (u. a. auch Kapitaleinkünfte sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung) berücksichtigt wurden und eine differenzierte, sozial gerechte Staffel mit 12 Einkommensstufen vorgesehen war. Um den bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten, schlägt er ein Verfahren vor, bei dem Eltern zunächst pauschal in die höchste Stufe eingeordnet werden. Eine Eingruppierung in eine niedrigere Stufe könnte bei diesem Modell aufgrund einer Selbsterklärung erfolgen, wobei die Verwaltung stichprobenartige Einzelprüfungen durchführen könnte.

Herr Merten weist ergänzend darauf hin, dass sich der Rat genau genommen bereits seit fast zweieinhalb Jahren mit dem Thema Kita-Gebühren beschäftigt. Er kritisierte, dass es seit dem niedersächsischen Gesetz über Tageseinrichtungen von 1992 – also seit fast 35 Jahren – eine gesetzliche Empfehlung für eine soziale Staffelung gibt, jedoch die Gemeinde Rastede sich dieser Regelung bis heute widersetzt hat. Er drückte sein Unverständnis darüber aus, dass in all diesen Jahrzehnten nie ein Vorschlag zur sozialen Staffelung von der Verwaltung selbst kam, sondern erst ein politischer Antrag nötig war.

Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe UWG/Merten auf Neufassung der Beitragssatzung für die Entgelte zur Nutzung von Kindertagesstätten in der Gemeinde Rastede zum 01.01.2026 wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 15

Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen

Vorlage: 2026/043

Sitzungsverlauf:

Herr Rump führt ergänzend zu seinen Ausführungen unter TOP 14 aus, dass der Vorschlag der Verwaltung höchst ungerecht ist, wobei Bezieher geringerer Einkommen prozentual stärker belastet werden als Besserverdiener. Er kritisiert dabei unter anderem, dass zur Einkommensermittlung lediglich ein beliebiger Monat herangezogen und mit zwölf multipliziert werden soll, sodass bei dieser Berechnungsmethode Sonderzahlungen und Gewinnbeteiligungen ignoriert würden und Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen gänzlich unberücksichtigt blieben.

Herr Merten schließt sich den kritischen Worten von Herrn Rump an und rechnet ergänzend vor, dass die „Mitte der Gesellschaft“ mit einem Haushaltseinkommen um 45.000 Euro prozentual am stärksten belastet wird (ca. 8 % des Einkommens), während Spitzenverdiener mit 100.000 Euro nur noch ca. 3,6 % ihres Einkommens für Kita-Plätze aufwenden müssten. Er beanstandet zudem, dass der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und gegen den expliziten Wunsch des Gemeindeelternrates durchgesetzt werden soll.

Herr Janßen räumt ein, dass sich die SPD im oberen Bereich durchaus ein bis zwei Stufen mehr vorstellen könnte, jedoch den erarbeiteten, zielführenden Kompromiss mitträgt, um einen ersten Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit umsetzen zu können.

Herr Alexander von Essen betont, dass der vorliegende Entwurf von der CDU-Fraktion mitgetragen wird, zumal er auf weitgehende fraktionsübergreifende Akzeptanz stößt und Rechtssicherheit bietet. Er bezeichnet das Modell als „wertvollen Kompromiss“, der auf einer anerkannten Grundlage (Landkreismodell) basiert und regelmäßig evaluiert werden soll.

Herr Hoffmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Rump an und weist zudem darauf hin, dass bei einem Durchschnittseinkommen in Rastede von über 55.000 Euro faktisch 80 % der Eltern in die höchste Stufe fallen würden, was die geplante soziale Staffelung zur Farce macht. Er appelliert an die SPD-Fraktion, dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen und somit dem neuen Rat die Chance zu geben, eine sozial gerechtere Lösung für die Zukunft auf den Weg zu bringen. Nachfolgend beantragt er, geheim über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

Herr Helms begrüßt, dass der Fokus auf die Entlastung der unteren Einkommen gelegt und ein möglichst geringer bürokratischer Aufwand angestrebt wird, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angestrebte Prüfung zahlreicher Einkommensarten die möglichen Mehreinnahmen wieder auffressen würden.

Bürgermeister Krause legt dar, dass die Eltern zum 1. August 2026 eine verlässliche Regelung erwarten, sodass eine weitere Verzögerung nicht zielführend sein kann, zumal eine Evaluierung nach einem Jahr vorgesehen ist, um unter anderem auch die Gerechtigkeit des Modells zu prüfen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden von weiteren Ratsmitgliedern die jeweiligen Standpunkte der Fraktionen noch einmal hervorgehoben.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende Herr Bohmann über den Antrag von Herrn Hoffmann, eine geheime Abstimmung vorzunehmen, abstimmen.

Bei 8 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Nachfolgend erfolgt die offene Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen wird mit Wirkung zum 01.08.2026 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 16

Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen

Vorlage: 2026/033

Sitzungsverlauf:

Frau Icken, Frau Rowold und Herr zum Buttell verlassen den Sitzungssaal, sodass nunmehr 27 stimmberechtigte Mitglieder des Rates anwesend sind.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen der Gemeinde Rastede wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 17

**5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2026/047**

Sitzungsverlauf:

Herr zum Buttel betritt den Sitzungssaal, sodass nunmehr 28 stimmberechtigte Mitglieder des Rates anwesend sind.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Rastede wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 18

Bericht des Bürgermeisters

Frau Icken und Frau Rowold betreten den Sitzungssaal, sodass nunmehr 30 stimmberechtigte Mitglieder des Rates anwesend sind.

Bürgermeister Krause berichtet über die diesjährige Stadtradeln-Aktion vom 3. bis 23. Mai sowie die geplante Sternfahrt am Sonntag, 3. Mai, um 9:45 Uhr nach Apen.

Tagesordnungspunkt 19

Anfragen und Hinweise

Schulvertrag zwischen den Gemeinde Rastede und Wiefelstede

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Thematik „Schulvertrag Rastede Wiefelstede“ ein emotionales Thema in der Öffentlichkeit darstellt und in der Bevölkerung breit diskutiert wird. Er kritisierte, dass die Beratungen in Rastede bisher ausschließlich nicht öffentlich stattfanden, während in Wiefelstede bereits in öffentlichen Sitzungen darüber informiert wurde, was zu einer schwierigen Situation für die Rasteder Ratsmitglieder im Diskurs mit betroffenen Eltern führt.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass die Ratsgremien in der Gemeinde Rastede frühzeitig eingebunden wurde und man gemeinsam einen neuen Vertragsentwurf beschlossen hat. Im Übrigen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen inhaltlichen Sachstände, die man öffentlich diskutieren könnte, da zunächst weitere Verhandlungen zwischen den Verwaltungen und dem Landkreis anstehen. Er stellt klar, dass alles, was öffentlich beraten werden kann, auch öffentlich beraten wird, solange nicht gemeindliche Interessen dem entgegenstehen.

Livestream der Ratssitzung

Herr Helms zeigt sich enttäuscht, dass verwaltungsseitig erst am Mittag des Sitzungstages auf den Livestream öffentlich hingewiesen wurde. Er bittet darum, künftig die Übertragung frühzeitig anzukündigen, um die Transparenz zu erhöhen.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass er den Hinweis aufnimmt, jedoch die regelmäßige Liveübertragung von Ratssitzungen mittlerweile bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannt sein dürfte.

Personalsituation

Herr Helms zeigt sich bezüglich der geplanten Millioneninvestitionen an der Kooperativen Gesamtschule besorgt, wie die Verwaltung die Maßnahmen personell bewältigen will, wenn man bereits jetzt an Kapazitätsgrenzen angelangt ist.

Bürgermeister Krause entgegnet, dass unabhängig vom Investitionsvolumen die Verwaltung die Maßnahmen grundsätzlich zeitlich staffelt, um entsprechende Engpässe zu vermeiden. Dessen ungeachtet kann der Rat im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen über eine mögliche Aufstockung des Personals im Baubereich beraten und entscheiden.

Erdgewächshaus „Alte Schlossgärtnerei“

Herr Helms erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des verfallenden Erdgewächshauses am Palaisgarten und hinterfragt, ob und inwieweit Maßnahmen zum Erhalt des Gebäudes ergriffen werden.

Bürgermeister Krause teilt den vorhandenen Ärger über den Zustand des Erdgewächshauses und betont, dass der Eigentümer vertraglich zum Erhalt des Denkmals verpflichtet ist und die Verwaltung diese Verpflichtung bei der Denkmalschutzbehörde des Landkreises einfordert.

Verkehrsspiegel

Frau Brandt regt an, an der Einmündung Eichendorffstraße/Dietrich-Bonhoeffer-Straße die Installation eines Verkehrsspiegels zu prüfen, da es dort insbesondere morgens zu gefährlichen Situationen mit Schülerinnen und Schülern kommt, die von Autofahrern zu spät gesehen werden.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass die Verwaltung den Hinweis zur Prüfung aufnimmt.

Tagesordnungspunkt 20

Einwohnerfragestunde

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Bürgermeister beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Herrichtung der Wege im Schlosspark nach der erfolgten Durchforstung

Tagesordnungspunkt 21

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 18:32 Uhr.